

Zur Überwindung der historischen Spaltung der Arbeiterbewegung : KPI : Partner für die SPS?

Autor(en): **Burckhardt, Andreas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **62 (1983)**

Heft 10

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340026>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Am 30. Mai 1982 haben wir über 5000 Ordensfrauen dazu gebracht, für eine Demonstration nach Washington zu kommen, zum Weissen Haus zu marschieren und dort für den Frieden zu demonstrieren. Übrigens haben Ordensfrauen auch Akte zivilen Ungehorsams begangen, indem sie bewusst Gesetze übertraten. Eine Nonne gehörte zu einer Gruppe, die ein U-Boot vorübergehend funktionsuntüchtig machte. Mit der Verletzung von Vorschriften machen wir die Regierung darauf aufmerksam, dass sie mit der atomaren Abschreckung Menschen bedroht und nehmen das Risiko einer Gefängnisstrafe auf uns.»

Als nicht mehr junge Ordensfrau passt Dorothy überhaupt nicht zum Klischeebild, das hierzulande über Feministinnen besteht. Offenbar haben wir noch einen weiten Weg vor uns, bis wir so selbstverständlich und gelassen, wie Dorothy es in unserem Gespräch getan hat, Frauenbewusstsein, Politik und Glauben zu einer inneren Einheit zusammenfassen können: «Die Frauenbewegung in den USA, die sich ziemlich rasch ausbreitet, konfrontiert einige männliche Züge von autoritärem Verhalten und Domination als Gegensätze mit Partizipation und gegenseitigem Verständnis. Diese Art von weiblichem Einfluss möchten wir wieder in die verschiedenen Strukturen in Regierung und Kirche zurückkommen sehen. Frauen in der Kirche haben lange unter diesen Verhaltensweisen gelitten, unter ihnen auch unsere Ordensgründerin. Wir haben hier eine Gruppe gegründet, die sich «Schwestern gegen Sexismus» nennt. Wir kommen regelmässig zusammen, um miteinander zu beten, neue religiöse Ausdrucksformen für uns Frauen zu entwickeln und über politische Angelegenheiten zu diskutieren.»

Heraus aus dem Getto

Sie bleiben aber nicht im Getto ihrer Frauengruppen: Die Frauenwerkstatt ist eine politische Angelegenheit. Margret Galiardi hat ihre Lektion in Lateinamerika gelernt:

«Mich interessiert vor allem auch der Einfluss der lateinamerikanischen Bischöfe auf die Kirche Nordamerikas. Die Dokumente, welche die lateinamerikanischen Bischöfe in Medellín und Pueblo erarbeitet haben, sagen aus, dass wir die Lehre des Glaubens über unser persönliches Leben hinaus auf die Strukturen und die Politik unserer Gesellschaft anwenden müssen.

Ich glaube, indem die lateinamerikanische Kirche diese Einsicht formuliert hat, hat sie die gesamte Kirche, und ganz besonders die nordamerikanische Kirche, zur Bekehrung aufgefordert. Wir müssen verstehen lernen, wie unsere Politik und unsere Institutionen funktionieren. Ein wirklich spannender

Aspekt des Hirtenbriefes, der in Vorbereitung ist, ist der, dass unsere Bischöfe diesen Ruf ernstgenommen haben.» Dorothy Widulich sieht ihre politische Arbeit in direktem Zusammenhang mit ihrer religiösen Berufung: «Wir glauben heute — und ich muss gestehen, wir haben diesen Glauben zeitweise verloren — dass die religiöse Berufung bedeutet, politisch zu sein und dass die Wohlfahrt aller Menschen, Männer wie Frauen, und das ganze künftige Überleben mit den Nuklearwaffen in Frage gestellt ist. Da wir glauben, dass Gott die Menschen liebt, sind wir für die Politik verantwortlich — denn das Wort Politik bedeutet für mich «Wohl der Menschen».

Anne Marie Holenstein
Friedensbewegung in den USA
— Berichte aus den Jahren 1981 und 1982. Eine Sammlung von Texten aus der kirchlichen Friedensbewegung der USA. Hrsg. Schweizerischer Versöhnungsbund, Broteggstrasse 8, 8500 Frauenfeld. 48 Seiten, Fr. 5.-.

Zur Überwindung der historischen Spaltung der Arbeiterbewegung

KPI-Partner für die SPS?

Von Andreas Burckhardt

Vor einigen Monaten wurde das neue SPS-Parteiprogramm an alle Parteimitglieder versandt. Neben viel altbewährten, sozusagen zeitlosen, sozialdemokratischen Forderungen und Grundsätzen finden sich auch bemerkenswerte Neuerungen. So wird z.B. zum Kommunismus eine differenziertere Haltung eingenommen, als dies noch im 59er Programm der Fall war. Worin besteht diese differenzierte Haltung? Auf Seite 25 des neuen Programms finden wir als Kapitel 11 unter dem Titel «Sozialde-

mokratie und Kommunismus» die Forderung: «Kein Sozialismus ohne Demokratie!» — Im folgenden wird in drei Abschnitten aufgezeigt, warum die sozialdemokratische(n) Partei(en) den Kommunismus sowjetischer Prägung als entartet bezeichnen müssen und warum das sowjetische System vom Standpunkt des demokratischen Sozialismus nicht als sozialistisch bezeichnet werden kann. Die logische Folge: «Die Sozialdemokratische Partei nimmt Abstand von kommunistischen Parteien, die weder die

parlamentarisch-pluralistische Demokratie noch die grundlegenden Menschenrechte anerkennen.»

Damit ist aber das Thema «Sozialdemokratie und Kommunismus» noch nicht erschöpft. Vielmehr kommt nun ein neuer, meiner Meinung nach wesentlicher Gedanke hinzu: «Anders verhält es sich bei jenen kommunistischen Parteien, die sich zur parlamentarisch-pluralistischen Demokratie und zu den Bürgerrechten und Bürgerfreiheiten bekennen. Wenn sich ihre Abkehr vom sowjetischen Kommunismus als glaubwürdig erweist, besteht die Chance, dass die historische Spaltung der Arbeiterbewegung überwunden werden kann.»

Welche kommunistischen Parteien können von sich behaupten, diesen Anforderungen zu entsprechen? Wenn wir uns auf Europa beschränken, so sind dies sicher die sogenannten eurokommunistischen Parteien, zu denen vor allem die italienische und die spanische kommunistische Partei, in beschränktem Mass auch die französische KP zu rechnen sind. Im folgenden möchte ich mich auf ein paar Gedanken zur italienischen kommunistischen Partei (PCI) beschränken, da ich mich nur mit dieser näher befasst habe in den letzten Jahren.

Seit ihrer Gründung am Parteitag von Livorno (1921) war die KPI wie alle kommunistischen Parteien damals eine völlig auf die Politik der Sowjetunion ausgerichtete Partei im Rahmen der kommunistischen Internationale, und zwar bis 1956. Wie alle damaligen kommunistischen Parteien verurteilte sie z.B. die eigenständige Politik Titos, die 1948 zum Bruch der jugoslawischen KP mit der Kominform (der Nachfolgerin der Komintern) führte.

Nach dem zwanzigsten Parteitag der KPdSU (1956) und mit

der Entstalinisierung begann die KPI jedoch sachte, aber stetig, einen selbständigen Weg zum Sozialismus zu suchen und sich langsam, aber in zunehmendem Masse von der Bevormundung durch den «grossen Bruder» zu befreien. Drei Marksteine in dieser Entwicklung seien hier stellvertretend für die allmähliche Entwicklung dieser Tendenz genannt:

1. In der kurz vor seinem Tod (1964) geschriebenen «Promemoria sulle questioni del movimento operaio internazionale e della sua unità» (Denkschrift zu den Fragen der internationalen Arbeiterbewegung und ihrer Einheit) schreibt der langjährige international anerkannte und populäre KPI-Parteisekretär Palmiro Togliatti: «Die Unabhängigkeit der Parteien, für die wir mit Überzeugung eintreten, ist nicht nur eine innere Notwendigkeit unserer Bewegung, sondern eine notwendige Bedingung für unsere Entwicklung in der gegenwärtigen Lage. Wir wären somit folglich gegen jeden Vorschlag, wieder eine neue, zentralistische internationale Organisation aufzubauen.» Die Kominform war 1956 aufgelöst worden, und seither gibt es keine kommunistische Internationale mehr.

2. Anlässlich des militärischen Überfalls der Warschaupaktstaaten (mit Ausnahme Rumäniens) auf die Tschechoslowakei im August 1968 verurteilte die kommunistische Partei Italiens diesen Gewaltakt mit unmissverständlicher Deutlichkeit, im Gegensatz zum Einfall in Ungarn 1956.

3. Vollends zur Distanzierung zu den Staaten des «realen Sozialismus» führten dann in der jüngsten Vergangenheit die Invasion der Sowjetunion in Afghanistan und die Verhängung des Kriegsrechts in Polen sowie die Unterdrückung und Zerschlagung der «Solidarność». Diese Distanzierung wurde am

letzten Parteikongress in Mailand bestätigt.

Für uns Schweizer Sozialdemokraten stellt sich nun die Frage: Abgesehen von den parteipolitisch neutralen Sektionen der Colonia libera italiana, welche italienische Partei steht uns am nächsten? Von dieser Frage hängt z.B. ab, mit wem wir zusammen 1.-Mai-Feiern organisieren, wen wir einladen bei Informationsveranstaltungen über Themen, die die ausländischen Arbeitnehmer besonders betreffen (so z.B. in der Vergangenheit anlässlich der Mitenand-Abstimmung oder der Abstimmung über das Ausländergesetz usw.). Auch in Arbeiterbildungsausschüssen stellt sich die Frage, welche Organisationen unserer ausländischen Arbeitskollegen der SP wenn nicht unbedingt dem Namen nach, doch von den Zielen her nahestehen. Und da möchte ich nun im Falle der italienischen Emigration behaupten, dass es sich die SP nicht leisten kann, nur wegen der gemeinsamen Zugehörigkeit zur Sozialistischen Internationalen ausschliesslich mit der sozialistischen Partei von Bettino Craxi zusammenzuarbeiten und die rund dreimal so grosse kommunistische Partei einfach zu ignorieren. Zwei Gründe sprechen gegen diese Haltung:

1. Die kommunistische Partei Italiens von 1983 ist nicht mehr die von 1953 (zum Glück).

2. Die sozialistische Partei Italiens von 1983 ist nicht mehr die von 1953 (leider).

Während die erste These bereits belegt wurde, möchte ich noch ein paar Bemerkungen über die heutige Partei, die sich «sozialistische Partei» (PSI) nennt, verlieren.

Obwohl Mitglied der sozialistischen Internationale, unterscheidet sich die PSI doch merklich von andern sozialistischen und sozialdemokrati-

schen Parteien. Zwei Beispiele mögen dies belegen:

Während die meisten sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien die imperialistische Politik Amerikas in Zentralamerika genauso entschieden verurteilen wie die imperialistische Politik der Sowjetunion in Afghanistan, hat die PSI hier eine merkwürdig zwispältige Haltung: Spricht sie im Falle Afghanistan ungeniert von dem zu verurteilenden «Völkermord» durch die Sowjetunion, so hat sie für die Lage in Zentralamerika bloss die Hoffnung übrig, dass der «Bürgerkrieg» möglichst bald gestoppt werden kann. Keine Spur von einer Verurteilung der amerikanischen Machtpolitik dort! Fast noch schlimmer als diese aussenpolitische Einäugigkeit ist die Unterstützung der amerikanischen Politik im eigenen Land, konkret, die Unterstützung für den Bau der Cruise-Missiles-Basis in Comiso (Sizilien). Während die SPD zum Beispiel nach der vernichtenden Wahlniederlage vom 6. März dieses Jahres und nach dem Einzug der Grünen im

Bundestag die Zeichen der Zeit erkannt zu haben scheint, nämlich, dass die Mehrheit der Völker Europas auf den «Schutz» der weiteren Aufrüstung im Sinne des Nato-Doppel-Rüstungsbeschlusses gerne verzichten, setzt der PSI immer noch blind auf die amerika- bzw. NATO-hörige Karte. Im Gegensatz dazu stellt sich die KPI (zusammen mit zwei kleineren Linksparteien) auf den Standpunkt, dass die Raketenbasis von Comiso weder Italien, noch dem übrigen Europa den Frieden garantieren würde, sondern bloss eine Bedrohung für die Länder der Dritten Welt darstellt, die offenbar eingeschüchtert werden sollen. Allerdings gibt es glücklicherweise auch in der italienischen sozialistischen Partei Kräfte, die den Namen «sozialistisch» zu Recht tragen. An erster Stelle natürlich der allseits hochgeachtete, nicht zuletzt mit kommunistischer Wahlhilfe Staatspräsident gewordene Widerstandskämpfer Sandro Pertini, dann aber auch der frühere Parteisekretär Francesco De Martino, der in der kommunistischen

Parteizeitung «Unità» offen erklärt hat, im Falle der endgültigen Abstimmung über die Raketenbasis in Comiso mit Nein zu stimmen, unabhängig von der Parteiparole.

Da ich selbst an Ort und Stelle (in der «roten» Emilia-Romagna) an einem zweiwöchigen Kurs an einer Parteischule der KPI Zeit hatte, den oben erwähnten Fragen nachzugehen, glaube ich, dass sich unsere sozialdemokratischen Parteimitglieder ruhig einmal von der Vorstellung lösen dürften, dass automatisch die sozialistische Partei (Italiens) unsere «Bruderpartei» oder «Schwesterpartei» ist und die KPI mit Moskau gleichgesetzt wird. Vielmehr möchte ich allen Genossen empfehlen, sich unvoreingenommen über die heutige Lage der italienischen Arbeiterklasse und ihre parteipolitische Spaltung zu informieren. Wichtig wäre natürlich, nicht nur über, sondern mit den betreffenden Genossen (Sozialisten und Kommunisten) über ihre Gründe, der einen oder der andern Partei den Vorzug zu geben, zu diskutieren.